

«Im Alter fehlt jeder achten Frau das Geld zum Leben»

Die Sorge- und Versorgungsarbeit wird hauptsächlich von Frauen geleistet. **Christine Rudolf¹** und **Danielle Axelroud²** von **Economie-feministe**, der Plattform für feministische Ökonomie, sprechen im Interview über die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Arbeit und davon, wie ein neues Wirtschaftsverständnis der systematischen Diskriminierung von Frauen entgegenwirken könnte.

Interview: Isabel Knobel

Sie befassen sich bei Economiefeministe³ unter anderem mit un- und unterbezahlter Care-Arbeit. Welche Zahlen gibt es dazu?

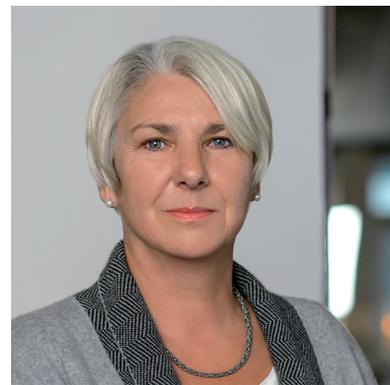
Christine Rudolf: Statt von Care-Arbeit sprechen wir lieber von der Sorge- und Versorgungswirtschaft. Hier steckt bezahlte und unbezahlte, personenbezogene und haushaltsnahe Arbeit drin. Der Begriff Wirtschaft macht aber deutlich, dass die Sorge- und Versorgungsarbeit eigentlich einen eigenen vierten Sektor unserer Ökonomie darstellt. Neben dem primären Sektor der Agrarwirtschaft und dem sekundären Sektor des produzierenden Gewerbes gibt es in der allgemeinen Ökonomie den tertiären Sektor der Dienstleistungen. Innerhalb dieses Sektors stellt die Sorge- und Versorgungswirtschaft in Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen und privaten Haushalten den mit Abstand grössten Teil dar und macht ganze 70 Prozent unserer gesamten Wirtschaftsleistung aus. Das heisst, der vierte Sektor ist grösser als die ersten drei Sektoren zusammen. Zentral ist, dass er hinsichtlich der Kriterien Zeit und Geld anders funktioniert. Deswegen schenken wir ihm in unseren Analysen besondere Beachtung.

Sie deuten die Prekarität in der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit an. Inwiefern betrifft diese Frauen in der Schweiz?

Danielle Axelroud: Insgesamt werden in der Schweiz deutlich mehr unbezahlte als bezahlte Arbeitsstunden geleistet. 2016 waren es 9,2 Milliar-

den unbezahlte gegenüber 7,8 Milliarden bezahlten Stunden. 2020 war die Diskrepanz aufgrund der Corona-Pandemie noch grösser. Mehr als 90 Prozent der unbezahlten Arbeitsstunden werden für Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege aufgewendet. Frauen leisten über 60 Prozent der unbezahlten Arbeit und deren Wert beläuft sich auf über 260 Milliarden Franken jährlich. Das ist mehr als die Summe aller Staatsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, inklusive der Ausgaben der Sozialversicherungen.

Christine Rudolf: Der Gender Overall Earnings Gap (GOEG) beziffert die gesamte Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern. Das heisst, er berücksichtigt einerseits, dass Frauen für ihre Arbeit schlechter bezahlt werden und andererseits, dass sie für einen sehr viel grösseren Anteil ihrer Arbeit überhaupt nicht bezahlt werden. Für das Jahr 2018 betrug der GOEG in der Schweiz 43,2 Prozent. Frauen verfügen also über fast die Hälfte weniger Einkommen als Männer, obwohl sie ungefähr gleich viele Stunden arbeiten. Die Summe der jährlichen Einkommenslücke der Frauen beläuft sich auf mehr als 100 Milliarden Franken pro Jahr. Um die wirtschaftliche Bedeutung aufzuzeigen, setzen wir diese Zahlen in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt. Heute tragen Frauen aufgrund ihrer unbezahlten und schlecht bezahlten Arbeit 14 Prozent dazu bei.⁴ Tatsächlich aber leisten sie mehr als der Staat selbst.



Christine Rudolf

«Ein Altersvorsorgesystem, das ausschliesslich auf Erwerbsarbeit basiert, wird Frauen niemals gute Renten ermöglichen.»



Danielle Axelroud

Sie schlagen also ein neues Verständnis der Wirtschaft vor?

Christine Rudolf: Unsere These ist, dass die Sorge- und Versorgungswirtschaft diejenige ist, die unseren Lebensstandard erst ermöglicht. Wir bilden Gemeinschaften, indem wir füreinander eintreten und solidarisch sind. Erst wenn wir die monetäre Beziehung zur wirtschaftlichen Gesamtrechnung herstellen, wird jedoch klar, wie gross der Anteil dieser Arbeit ist. Es handelt sich also nicht um eine speziell feministische Auslegung, sondern es geht um einen ganz substantiellen Teil der Wirtschaft. Diese Überlegung muss in allen politischen Beratungen eine Rolle spielen. Anders gesagt: Jede Betrachtung der Wirtschaft, die das nicht einschliesst, sieht das Gesamtbild nicht.

Warum sind es hauptsächlich Frauen, die unbezahlte oder schlecht bezahlte Arbeit leisten?

Christine Rudolf: Tatsächlich steht diese Frage nicht im Zentrum unserer Arbeit. Wir betrachten den Status Quo und versuchen zu verstehen, wie Strukturen die Entscheide von Frauen und Männern beeinflussen. Eines ist jedoch klar: Wir haben heute zwar eine rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, aber ebenfalls eine Einkommensstruktur und Sozialversicherungen, welche die scheinbar persönliche Entscheidung eines Paares, wie Arbeit verteilt wird, de facto vorstrukturiert.

Danielle Axelroud: Solange Frauen schlechter bezahlt sind als Männer, sind sie mehrheitlich für die Sorge- und Versorgungsarbeit verantwortlich. Kinder kosten Zeit und Geld, weswegen in einer Partnerschaft meist diejenige Person ihr Pensum reduziert, die weniger verdient. In der Schweiz gibt es zu wenig Kinderbetreuungsangebote und wenn diese verfügbar sind, sind sie teuer. Also übernehmen Frauen diese Arbeit. Ein weiteres Problem ist, dass Arbeitgeber Männern noch immer sehr ungern Teilzeitarbeit gewähren.

Christine Rudolf: Hinsichtlich der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zeigt eine aktuelle Schweizer Studie, dass die Anforderungen an Berufe grundsätzlich das Gehaltsgefüge bestimmen.⁵ Sobald jedoch mehr als die Hälfte der Menschen, die einen Beruf ausüben, Frauen sind, ist die Bezahlung schlechter – und zwar bei gleichen Anforderungen an Ausbildung, Verantwortung, Flexibilität oder Stresslevel. Ausser der Tatsache, dass es sich um einen «Frauenberuf» handelt, gibt es keine Erklärung für diese Ungleichheit. Wir sollten auch nicht vergessen, dass die öffentliche Hand in der Regel ein veritables Interesse daran hat, dass Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, schlechter bezahlt sind. Denn die Sorge und Versorgung, etwa in Kindergärten oder der Pflege, kostet den Staat Geld. Es gibt also ein monopolistisches Interesse daran, diese Berufe nicht besser zu bezahlen.

Neben der Geburt der Kinder stellt auch die Pensionierung eine finanzielle Zäsur für Frauen dar. Was bedeutet diese Etappe für sie?

Danielle Axelroud: Die Rentenlücke war mit 34,6 Prozent im Jahr 2020 sehr gross, aber kleiner als die Einkommenslücke. Grund dafür ist das System der AHV, das zwei Mechanismen kennt, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die ungleiche Verteilung der Haus- und Pflegearbeit auszugleichen: das Splitting und die Berücksichtigung der unbezahlten Arbeit in Form von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Im Ergebnis sind die AHV-Renten der Frauen sogar ein wenig höher als diejenigen der Männer. Das Problem ist, dass eine durchschnittliche AHV-Monatsrente von etwas mehr als 1880 Franken nicht zum Leben reicht. Es ist zu bedenken, dass für eine von vier pensionierten Frauen die AHV-Rente das einzige Einkommen darstellt. Der Zugang zur beruflichen Vorsorge ist für die meisten Frauen erschwert, weil die Pensionskassen an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind. Ein Altersvorsorgesystem, das ausschliesslich auf Erwerbsarbeit basiert, wird Frauen niemals gute Renten ermöglichen.

«Für eine Bankenrettung werden plötzlich alle Mechanismen eingesetzt, die zur Finanzierung des Staates zur Verfügung stehen. Warum nicht auch für Kinder und Frauen?»

Christine Rudolf: Die AHV soll laut Verfassung und Gesetzgebung für die Existenzsicherung ausreichen. Würden die Erziehungs- und Betreuungszeiten vollumfänglich berücksichtigt und resultierte daraus eine Rente, die zum Leben reicht, wäre das System wirklich gut. Doch so ist es nicht. Wenn Geld und Zugang zum Sozialversicherungssystem fehlen, gerät man in einen Teufelskreis, aus dem man im Alter nicht mehr herauskommt. Dann müssen Ergänzungsleistungen beantragt werden, was bei einer von acht pensionierten Frauen der Fall ist. Dies ist mit grossen administrativen Hürden verbunden und wird von vielen Betroffenen als entwürdigend empfunden.

Wie kann die Sorge- und Versorgungsarbeit künftig finanziert werden, ohne dass Frauen und andere un- oder unterbezahlte Arbeitskräfte ausgebeutet werden?

Danielle Axelroud: Politische Lösungsansätze sind vorhanden. Es braucht eine vernünftige Elternzeit, wie sie etwa die Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF fordert: 22 Wochen zusätzliche Elternzeit, mit Einschränkung der freien Aufteilung. Zudem müssen mehr bezahlbare Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Im Jahr 2021 haben nur 36 Prozent der Kinder eine Kindertagesstätte besucht, 28 Prozent wurden von ihren Grosseltern betreut. Jedes Kind sollte ein Recht auf Elternzeit und danach auf einen Betreuungsplatz haben. Diese Kontinuität ist bisher nicht gegeben. Sinnvoll wäre auch eine Garantie auf Rückkehr an den Arbeitsplatz nach der Elternzeit. Zudem muss das System der Altersvorsorge von Grund auf neu gedacht werden. Um existenzsichernd zu sein, braucht es eine Verdoppelung der AHV-Renten.

Christine Rudolf: Die familienexterne Kinderbetreuung lohnt sich aktuell nur für gutverdienende, urbane Familien. Das trifft aber auf eine Mehrheit nicht zu, vor allem nicht auf Frauen. Viele sind nicht in der Lage, die Kosten für die Kinderbetreuung zu zahlen und können sich beruflich nur eingeschränkt engagieren. Eine Folge davon ist, dass zu wenig Menschen in der Care-Arbeit tätig sind: Überall fehlen Pflegerinnen und Erzieherinnen. Wir bieten den Frauen in diesen Branchen keine Lösung für ihre private Betreuungssituation. Das ist ein gordischer Knoten. Familien brauchen eine qualitativ hochwertige Betreuung über einen sehr langen Zeitraum. Das kann nur die öffentliche Hand bieten – und dazu müssen andere Finanzierungsmöglichkeiten des Staates zugelassen werden. Der Fall der Übernahme der Crédit Suisse durch die UBS hat gezeigt, dass das möglich ist. Für eine Bankenrettung werden plötzlich alle Mechanismen eingesetzt, die zur Finanzierung des Staates zur Verfügung stehen. Warum nicht auch für Kinder und Frauen?

Economiefeministe plädiert für feministische Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten. Warum ist das wichtig?

Christine Rudolf: Ich glaube, wir haben sehr deutlich gemacht, dass feministische Ökonomie keine emanzipatorische Nischenforderung ist. Wenn man das Zusammenspiel von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zukunftsorientiert gestalten will, muss man feministische Ökonomie in die Überlegungen einbeziehen. Es ist ein Skandal, dass die Universitäten immer noch glauben, sie könnten das ignorieren. Es muss weiter erforscht und vermittelt werden, wie Geldflüsse organisiert sind und wie dadurch gesellschaftliche Strukturen geprägt werden. Ausserhalb der Familie gibt es in unserer Gesellschaft keine Institution, die Wissen über Geld vermittelt – dabei wäre das ein wichtiger Bildungsauftrag für Schulen.

«Ausserhalb der Familie gibt es in unserer Gesellschaft keine Institution, die Wissen über Geld vermittelt.»

Haben Sie zum Schluss noch einen Rat für Menschen, die selbst viel Sorge- und Versorgungsarbeit leisten?

Danielle Axelroud: Die Broschüre «Fairplay-at-home» sowie die Seite «Gemeinsam Regie führen» des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG liefern gute Tipps, um die Aufgabenteilung zu Hause zu diskutieren.

Christine Rudolf: Ich kann auch die App «WhoCares» empfehlen. Alle Haushaltsmitglieder können dort ganz einfach ihre Sorge- und Versorgungsarbeiten eintragen. Das ist eine sehr gute Verhandlungsgrundlage für oftmals komplizierte Gespräche darüber, wer wie viel leistet.

.....
Isabel Knobel ist Politologin und sucht als Projektleiterin beim Migros-Pionierfonds mutige Ideen für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie schreibt regelmässig für die Fachzeitschrift «Frauenfragen».

Anmerkungen

- 1 Christine Rudolf unterrichtet an der HTW-Berlin und ist Projektleiterin zum Thema Sorge- und Versorgungswirtschaft bei Economiefeministe.
- 2 Die pensionierte Steuerexpertin und Unternehmerin Danielle Axelroud ist Finanzspezialistin bei Economiefeministe.
- 3 Economiefeministe, die Plattform für feministische Ökonomie, ist ein Ort, an dem ökonomisches Wissen aus feministischer Perspektive gesammelt, systematisiert, geschaffen, vermittelt und diskutiert wird. Die Plattform ist seit 2020 im Aufbau. www.economiefeministe.ch
- 4 Madörin, Mascha: Einkommenlücke. Überblick Schweiz. In: Economiefeministe (Hg.): Aggregierte geschlechtsspezifische Einkommenslücke AGEL, Bern, 2023. <https://economiefeministe.ch/wp-content/uploads/2023/06/Einkommensluecke-Ueberblick-Schweiz-AGEL.pdf>
- 5 Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB: Frauenbranchen haben deutlich tiefere Stundenlöhne, Medienmitteilung. Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 16.05.2023. www.sgb.ch/themen/gleichstellung/detail/frauenbranchen-haben-deutlich-tiefere-stundenloehne (abgerufen am 20.07.2023)

Abstract

« À l'âge de la retraite, une femme sur huit n'a pas de quoi subvenir à ses besoins »

L'économie de care constitue le quatrième et le plus grand secteur économique de Suisse. La valeur du travail non rémunéré que les femmes fournissent chaque année s'approche des 260 milliards de francs. **Christine Rudolf** et **Danielle Axelroud**, d'Economiefeministe, illustrent dans leur interview l'importance gigantesque que le travail de care revêt sur le plan macro-économique. Elles plaident pour une nouvelle conception de l'économie afin de lutter contre la discrimination systématique envers les femmes.

«Nella vecchiaia una donna su otto non dispone dei soldi necessari per vivere»

Le cure e l'accudimento costituiscono il quarto e il più grande settore dell'economia svizzera. Il valore del lavoro non retribuito che le donne svolgono ogni anno ammonta a circa 260 miliardi di franchi. Nell'intervista, **Christine Rudolf** e **Danielle Axelroud** di Economiefeministe, la piattaforma per l'economia femminista, illustrano l'enorme importanza economica del lavoro di cura e dell'accudimento e si battono per una nuova concezione di economia che contrasti la discriminazione sistematica delle donne.